



- Sitzungsvorlage zum 19.12.2025 -

< Das Original stammt von der
Bezirksregierung Köln



- Dies ist eine aus dem »Verwaltungs-Deutsch« >
übersetzte und kommentierte Fassung

Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien - Feststellungsbeschluss und Feststellung

Was die Bezirksregierung wirklich erreichen will

Am 19. Dezember 2025 will die Bezirksregierung Köln den Regionalrat dazu bringen, den „Teilplan Erneuerbare Energien“ ohne große Fragen und ohne Diskussion durchzuwinken. Die Sitzungsvorlage zeigt sehr deutlich, worum es der Behörde geht: möglichst schnell möglichst viele Flächen für Windräder festzulegen – und zwar selbst in Gebieten, die Kommunen, Bürger oder Fachleute aus guten Gründen für ungeeignet halten. Besonders betroffen wären große Waldgebiete der Nordeifel in den Kreisen Euskirchen und Düren.

1. Ziel: Ein riesiges Paket an Windflächen – egal was die Betroffenen sagen

Die Bezirksregierung hat Karten entworfen, auf denen zahlreiche Gebiete für Windparks eingetragen sind.

Alle Bedenken von Bürgerinitiativen, Kommunen, Förstern, Naturschützern oder Experten werden zwar erwähnt – aber im Ergebnis vollständig ignoriert. Die Vorlage lässt keinen Zweifel: Die Flächen sollen kommen, Kritik spielt kaum eine Rolle.

2. Ziel: Den Regionalrat zum Abnicken bringen

Der Regionalrat soll nicht etwa beraten, entscheiden oder abwägen – er soll abnicken. Die Bezirksregierung gibt sich alle Mühe, den Eindruck zu erwecken, alles sei „ausreichend geprüft“.

Damit sollen die Abgeordneten davon abgehalten werden, den Plan infrage zu stellen. Kurz gesagt: Ein demokratisches Gremium soll nur noch die Unterschrift liefern.

3. Ziel: Ein politisches Signal nach Düsseldorf senden

Die Landesregierung will um jeden Preis den Windkraft-Ausbau beschleunigen. Die Bezirksregierung folgt dieser Linie ohne eigene Bewertung, ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort und ohne ernsthaften Respekt vor kommunalen Entscheidungen. Der Plan soll zeigen:

„Wir liefern, was die Regierung verlangt – egal, was die Menschen hier sagen.“

4. Ziel: Widerstand als „erledigt“ abstempeln

In der Sitzungsvorlage tauchen zahllose Einwände auf – jedoch ausschließlich als Pflichtprogramm. Am Inhalt ändert das fast nichts. Statt ernsthaft zu prüfen oder Alternativen vorzulegen, wird alles in wenigen Sätzen abgefertigt. Das Signal ist klar:

„Danke für die Einwände – jetzt machen wir trotzdem weiter.“

5. Ziel: Keine öffentliche Diskussion mehr zulassen

Die Bezirksregierung drängt erkennbar auf eine schnelle Abstimmung noch vor Weihnachten. Damit sollen weitere politische Debatten, kritische Nachfragen oder Verzögerungen verhindert werden. Wer sein Recht auf Mitsprache wahrnehmen will, hat faktisch keine echte Chance mehr.

• Das Fazit

Die Bezirksregierung Köln versucht, einen weitreichenden Windkraft-Flächenplan im Schnellverfahren durchzusetzen. Bedenken von Bürgern, Kommunen und Fachleuten werden weggewischt, demokratische Spielräume minimiert, und der Regionalrat soll nur noch die Verantwortung übernehmen, ohne wirkliche Möglichkeit zur Einflussnahme. Der Plan sieht aus wie demokratisches Verfahren – tatsächlich aber ist es ein Top-down-Diktat im Eiltempo, das nur noch abgesegnet werden soll.



Windräder und kein Ende – die Statistik

(1) Die Bezirksregierung Köln hat 342 Windenergiebereiche (WEB) in den »Teilplan Erneuerbare Energien« übernommen.

- Am Anfang war von insgesamt 15.682 Hektar die Rede, der gesetzlich angestrebten Größenordnung.
- Am Ende des Verfahrens (mit 2 Offenlagen) wurden 16.103 ha festgesetzt. Die Planfläche ist also größer geworden, nicht kleiner. Die Bezirksregierung begründet dies so: Man wolle „Puffer“ behalten, falls später einzelne Flächen gestrichen werden müssten.
- Keine einzige Fläche wurde aufgrund der Einwendungen vollständig gestrichen. Von den 342 WEBs sind 8 jetzt keine »Beschleunigungsgebiete« mehr. Es gibt genau 6 WEBs, die tatsächlich verkleinert oder in ihrer Abgrenzung verändert wurden.
- Ende gut - alles gut?
0% aller WEBs wurden aufgrund der Einwendungen gestrichen, 1,7 % wurden angepasst., 98,3 % aller WEBs blieben vollkommen unverändert.

Gelesen • gelacht • gelocht

Im Rahmen der ersten Beteiligung sind rund 2.500 Stellungnahmen mit Anregungen, Bedenken und Hinweisen eingegangen, bei der zweiten Offenlage waren es noch einmal ca. 1.400.

Fast jede betroffene Kommune hat eine eigene Stellungnahme abgegeben. Darüberhinaus haben sich viele Behörden, Unternehmen und Verbände (z.B. Naturschutzorganisationen) beteiligt.

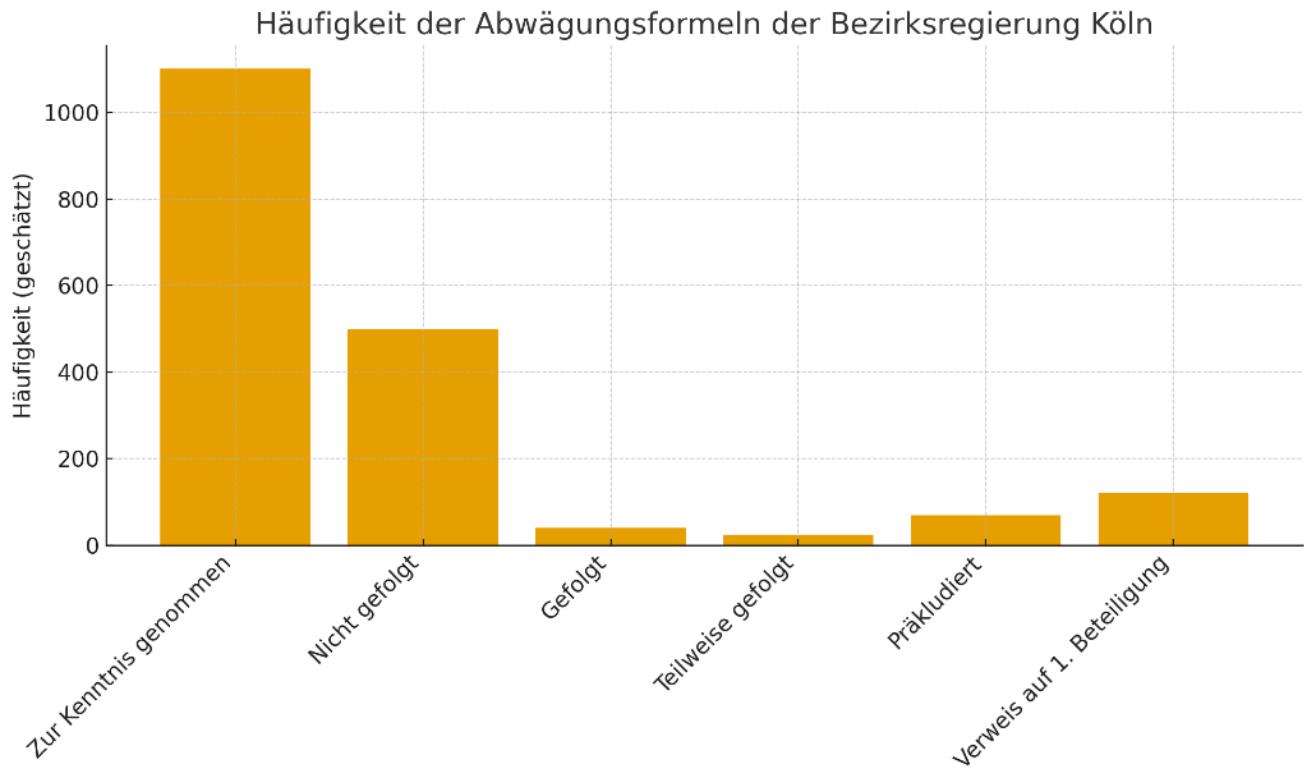
Die meisten Einwendungen stammen jedoch von einzelnen Bürgern der Region.

- Und so werden die Einwendungen von der Bezirksregierung kommentiert:

Formulierung	Bedeutung	Geschätzte Häufigkeit	Kommentar
„Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.“	Man nimmt es zur Kenntnis, ändert aber nichts	> 1.000	Standardfloskel – keine inhaltliche Wirkung
„Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.“	abgelehnt	400–600	häufigste echte Ablehnung
„Der Stellungnahme wird gefolgt.“	übernommen	< 50	selten
„Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.“	teilweise übernommen	< 30	selten
„Die Stellungnahme ist präkludiert.“	nicht zulässig (formaler Ausschluss)	50–80	typisch 2. Offenlage
„Es wird auf die Stellungnahme aus der ersten Beteiligung verwiesen.“	Wiederholungen, daher keine neue Prüfung	100–150	weitere Ablehnungsvariante

Die wenigen Fällen, bei denen der Stellungnahme ganz oder teilweise gefolgt wird, sind

- technische Korrekturen (z.B. Flächenzuschnitte)
- kommunale Forderungen mit starker Rechtsposition (z. B. militärische Belange, Flugsicherung)
- eigene Fehlerkorrekturen der Bezirksregierung



Ein abgekartetes Spiel?

Die Statistik spricht eine deutliche Sprache:

Formal wirkt das Verfahren vorbildlich demokratisch – es gibt Gutachten, Offenlagen und viele Möglichkeiten zur Beteiligung.

Wenn über 95 % aller Einwendungen mit Floskeln wie „zur Kenntnis genommen“ oder „nicht gefolgt“ abgefertigt werden, und 98 % aller Flächen trotz massiver Kritik unverändert bestehen bleiben, dann ist klar:

- Das Ergebnis stand schon zu Beginn im Wesentlichen fest.
- Das merken auch die Betroffenen und sind »not amused« - so erzieht man »Wut-Bürger«!

Jetzt wird's ernst

Am 19.12. entscheidet der Regionalrat nicht nur über Flächen und Paragrafen, sondern über das Vertrauen der Menschen. Jeder einzelne Mandatsträger muss sich dann fragen:

- Folge ich der bequemen Vorgabe – oder meinem Gewissen?
- Was ist wichtiger - die Partei-Disziplin oder die Interessen der Bürger?
- Will ich mich jetzt für die Umwelt, die Natur und die Lebensqualität der Menschen einsetzen, die mich gewählt haben?

Anti-Windkraft-Treffen:

Windkraftgegner wollen gemeinsam vorgehen



Rund 120 Zuhörer waren zu der Veranstaltung der Windkraftgegner nach Glehn gekommen. (Copyright: Stephan Everling)

Bei einem Treffen in Glehn wurden eine Resolution und Petitionen für Bundestag und NRW-Landtag ausgearbeitet.

Stephan Everling, KR • 25.11.2025

Die Missstimmung ist unübersehbar. Seit die Projektierer von Windkraftbetreibern in der Eifel einen Windpark nach dem nächsten planen, regt sich bei Bürgern in der Region vermehrt der Widerstand. Und nicht nur das: Auch in den Rathäusern und Verwaltungen wächst der Unmut über die Vorgehensweise von Bund und Land. Durch eine Ausweisung von Zonen für die Windkraft von oben herab sieht man vielfach die kommunale Planungshoheit ausgehebelt.

Allerdings blieb die Schlagkraft der vielen Bürgerinitiativen in der Region beschränkt, da deren Widerstand sich vor allem auf die jeweils örtlichen Windräder konzentrierte. Da die gesetzlichen Grundlagen, die die von Anwohnern ungeliebten Windräder ermöglichen, auf einer höheren Ebene verabschiedet wurden, halten es nun die Windkraftgegner für unumgänglich, sich zu vernetzen und so die Potenziale zu vereinen.

Mit einer Veranstaltung in Glehn wurde ein erster Schritt in die Richtung getan. So gelang es an dem Abend, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden und Petitionen an den Landtag NRW und den Bundestag auf den Weg zu bringen.

Die Arbeitsgemeinschaft „Windenergie Eifel + Börde“, die Bürgerinitiative „Gegenwind Bad Münstereifel“ und die Initiative „Windpark Wackerberg“ hatten gemeinsam mit der Interessengemeinschaft „Gegenwind Glehn (IG-GWG)“ eingeladen, wobei die Glehner als jüngst ins Leben gerufene Initiative gleich als Gastgeber aktiv wurden und ihre Dorfgemeinschaftshalle zur Verfügung stellten. Mit dabei war auch „Die Region läuft Sturm“ aus Vlatten, das in direkter Nachbarschaft zum Mechernicher Stadtteil Berg liegt.

Rund 150 Bürgerinnen und Bürger aus der Region hatten sich auf den Weg nach Glehn gemacht, um sich dort über die aktuellen Entwicklungen informieren zu lassen.

Auf dem Podium vertreten war auch die Mechernicher Stadtverwaltung in Gestalt von Bürgermeister Michael Fingel und die Kreistagsvertreter Dr. Hans-Peter Schick und Ralf Claßen (beide CDU) sowie Annegret Lewak und Marvin Strick (beide SPD). Als Vertreter des Regionalrats, der in wenigen Wochen die Planungen der Bezirksregierung absegnen soll, war Wolfgang Heller (SPD) gekommen. Landrat Markus Ramers habe eine Teilnahme aus Termingründen abgesagt, teilte Hubert Braun aus Glehn mit. Auch Windkraftbetreiber waren auf dem Podium nicht vertreten. Lewak und Strick mussten bereits nach zwei Stunden die Versammlung wegen eines Folgetermins verlassen, ohne dass sie einen Beitrag leisten konnten.

Reinhold Nelles: „Beim Kreis liegen 97 Genehmigungsverfahren“

In den ersten beiden Stunden stellte sich jede der anwesenden Bürgerinitiativen vor und berichtete ausführlich von ihrer Entstehungsgeschichte. Als Experten waren Rechtsanwalt Thomas Mock und Dr. Ralf Hoffmann, Sprecher von „Vernunftkraft NRW“, einer Vereinigung von Anti-Windkraftinitiativen, geladen, die mit einer Vielzahl von Zahlen ihren Ansatz der Verzichtbarkeit von Windenergieanlagen untermauerten. Auch wurden die Finanzierungsmodelle der Windkraftbetreiber dargelegt, die über die EEG-Umlage bezahlt würden und bei Baukosten von rund sieben Millionen Euro für eine 7-Megawatt-Anlage über 20 Jahre hinweg einen Ertrag von 40 Millionen Euro erbrächten, wie Mock vorrechnete.

Er wies auch auf den Rohstoffverbrauch durch die Anlagen und die Umweltverschmutzung durch Nanopartikel hin, die besonders in Trinkwassergewinnungsgebieten bedenklich seien. Außerdem gebe es zur Zeit, wie Hoffmann erläuterte, bereits mehr Strom aus Wind- und Solaranlagen als überhaupt benötigt würde. Einer Kapazität von 186 Gigawatt stehe entgegen, dass selbst bei höchstem Stromverbrauch lediglich eine Kapazität von 70 Gigawatt benötigt würde. Wie groß der Druck sei, der durch die Projektierer hervorgerufen werde, macht eine Zahl deutlich, die Reinhold Nelles aus Bad Münstereifel ansprach. 97 Windenergieanlagen seien derzeit im Genehmigungsverfahren bei der Kreisverwaltung, sagte er. Zu diesen müssten allerdings auch noch die gerechnet werden, die in Betrieb, im Bau oder schon genehmigt, aber noch nicht errichtet seien.



Als Vertreter der jüngsten Bürgerinitiative gegen Windkraft im Kreis Euskirchen begrüßte Hubert Braun aus Glehn die Gäste.

Deutliche Kritik am Ablauf der Beratungen zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien im Regionalrat äußerte Wolfgang Heller. Aus dem NRW-Wirtschaftsministerium komme ein hoher Zeitdruck. Normalerweise werde zu einem derartigen Plan ein Entwurf von der Bezirksregierung erarbeitet, zu dem es dann Einwendungen von Bürgern, Kommunen oder Institutionen gebe. Die würden dann in einem ordentlichen Abwägungsprozess abgearbeitet. In diesem Fall seien es rund 2500. „Das ist aber nicht erfolgt, wir hatten keine Chance, das zu tun“, so Heller. Auch nach der zweiten Offenlage seien noch 1600 Einwendungen gekommen, die eigentlich eine dritte Offenlage nötig machten. Doch das Ministerium bestehe darauf, dass der Teilplan am 19. Dezember verabschiedet wird. „Wir haben de facto keine Möglichkeit, eigene Vorstellungen zu entwickeln“, so Heller.

Für eine eventuelle Ablehnung des Planes und eine dritte Offenlage bestehe zeitlich keine Möglichkeit mehr, da das Moratorium am 5. Februar auslaufe, das die Genehmigung von Windenergieanlagen verhindert, solange der Plan noch nicht verabschiedet ist.

„Ich fühle mich ein wenig in meinen Rechten als Vertreter des Regionalrats, dem Entscheidungsgremium, beschnitten“, kritisierte er. Das Vorgehen gefalle ihm nicht. So laufe sich das System selber tot.

Schick sieht kommunale Planungshoheit ausgehebelt

Klare Worte fand auch Mechernichs ehemaliger Bürgermeister Hans-Peter Schick, der die Aushebelung der kommunalen Planungshoheit kritisierte. „Das Grundübel ist das Wind-an-Land-Gesetz, das im Juni 2022 von der Ampel beschlossen wurde“, sagte er. Diese Entscheidung müsse revidiert werden. Er verfolge das Thema seit Jahren. Hier werde der dritte Schritt vor dem ersten gemacht.

Zum Beispiel sei die Netzinfrastruktur gar nicht in der Lage, den erzeugten Strom vollständig aufzunehmen.

Wie sehr das Thema manche Menschen im Kreis belastet, wurde in der Publikumsrunde deutlich, die zum Abschluss stattfand. Hier berichteten die Bürger über ihre Probleme mit bestehenden Anlagen, aber auch über die Schwierigkeiten, die sie durch die aktuellen Planungen sehen. Aus Scheu-

ren, Lorbach, Düttling und anderen Orten kamen diese Stimmen. Es gab aber auch solche, die darauf hinwiesen, dass sie als direkt Betroffene kaum Nachteile erlebt hätten. Zum Abschluss wurde eine Resolution und Petitionen für den Bundes- und den Landtag verabschiedet. Im Laufe der Woche sollen diese, so Hubert Braun von „Gegenwind Glehn“, auf den Internetseiten der Anti-Windkraftinitiativen veröffentlicht werden.